Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 135. **Mittwoch, den 29. August.** 1866

Landtag.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preußischen Monarchie hielt am Sonnabend Abend ihre zweite Sitzung. Von Seiten des Staatsministerium wohnten den Berathungen bei der Ministerpräsident Graf Bismarck mit dem Geh. Justiz-Rath Abg. Wagener.

Der Ref. Abg. Kanngießer stellt ein Amendement, nach welchem die Vereinigung der betr. Länder mit Preußen sofort auf Grund des Art. 2 der preuß. Verfassung geschehen, die Einführung der preuß. Verfassung in die annectirten Länder binnen Jahresfrist durch ein besonderes Gesetz erfolgen soll. Aehnliche Amendements sind von v. Carlowitz, Graf Schwerin, v. Nordenpflycht, v. Bockum-Dolffs, Lette, Schulze u. A. gestellt. Kirchmann und Bassenge wollen sofortige Einführung der Verfassung. Virchow und Rohden beantragen den 1. Okt. 1867 als letzten Termin für die Einführung festzusetzen.

Graf Bismarck erklärt sich mit dem ersten Theil Theil der Amendements (sofortige Vereinigung der Länder auf Grund des Art. 2 der preuß. Verf.) einverstanden; in Betreff der Einführung der Verf. bemerkt er, es müsse vorher der Regierung jedenfalls einige Zeit gelassen werden, um die besonderen Einrichtungen jener Länder zu prüfen und die Verwaltung zu regeln, was, wie er schon früher bemerkt habe, eben nur durch eine Art Königlicher Dictatur zu ermöglichen sei.

Da bei den verschiedenen Amendements in der Sache selbst fast gar keine Meinungsverschiedenheiten vorwalteten, sondern bloß über die Fassung Differenzen obwalteten, traten die Antragsteller Sonntag Mittag zusammen, um sich über die Redaktion zu verständigen, und wurden über folgende Fassung einig:

„Wir Wilhelm, rc. rc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages was folgt: § 1. Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden in Gemäßheit des Art. 2 der Verfassungsurkunde mit dem preußischen Staate für immer vereinigt. § 2. Die preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft. Die zu diesem Behuf nothwendigen Abänderungs- und Zusatzbestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt."

Da der Ministerpräsident in der gestrigen Abendsitzung seine event. Zustimmung zu den betr. Abänderungen des Gesetzentwurfs ausgesprochen, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß das Gesetz in der mitgetheilten Form in der Commission sowohl wie im Plenum die Majorität erhalten wird.

Das Herrenhaus scheint für längere Zeit eine Fortsetzung seiner Berathungen nicht in Aussicht zu nehmen. Ein großer Theil seiner Mitglieder hat Berlin verlassen und sich in die Heimath begeben, selbst Mitglieder der Commissionen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. d.

Der Präsident machte von dem von Biedermann und Josephs eingesandten Beschlusse der Leipziger Delegirtenversammlung Mittheilung. Hierauf berichtete er Namens der Adreßdeputation wie folgt: „Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich Namens der mit Ueberreichung der Adresse an Se. Majestät den König beauftragten Deputation über die Ausführung ihres Auftrages Bericht zu erstatten; derselbe lautet wie folgt: „Nach dem Schlusse der letzten Sitzung begab sich die Deputation am Sonnabend um 2½ Uhr in das königliche Palais; Se. Maj. der König empfing daselbst die Deputation in Begleitung eines Flügeladjutanten und nicht in Gegenwart eines Ministers. Nach einer kurzen Anrede meinerseits, in welcher ich die allerunterthänigste Bitte aussprach, in Ausführung meines Auftrages die Adresse verlesen zu dürfen und nachdem Se. Maj. die Verlesung zu gestatten geruht hatte, verlas ich die Adresse und überreichte dieselbe nach der Verlesung Sr. Maj. Se. Maj. beauftragte mich darauf ausdrücklich, für die Adresse, namentlich aber für die große Majorität, mit welcher dieselbe votirt sei, seinen — des Königs — Dank dem Hause auszusprechen; ich erfülle diesen allerhöchsten Auftrag hiermit. Se Maj. geruhten darauf in freier Rede einzelne Abschnitte der Thronrede zu besprechen; das Haus wird es gewiß billigen, wenn ich glaube, davon Abstand nehmen zu müssen, den Inhalt der königlichen Rede, nachdem dieselbe frei gesprochen, nach individueller Auffassung von dieser Stelle aus offiziell dem Hause mitzutheilen."

Der Finanzminister brachte hierauf den Vertrag mit Anhalt über den Anschluß Anhalts an das Zoll- und Steuersystem Preußens, den Vertrag mit Luxemburg wegen Fortdauer des Anschlußes Luxemburgs an das Zollsystem Preußens, den Handelsvertrag mit Bremen und den Vertrag mit Bremen wegen Suspension der Weserzölle, endlich einen mit Koburg-Gotha über Anschluß einer Enklave an das preußische Zoll- und Steuersystem geschlossenen Vertrag ein. Die Verträge haben bereits dem vorigen Landtage vorgelegten, ohne erledigt zu werden.

Das Haus trat hierauf in die Tagesordnung ein und nahm die Debatte über die Wahlen der Landräthe Schulz und Degen wieder auf. Der Abg. Frentzel sprach für die Ungültigkeit beider Wahlen und theilte eine Reihe von Wahl-Anekdoten zur Charakteristik der vorgekommenen Beeinflussungen mit, welche öfter die Heiterkeit des Hauses erregten. Der Abgeordnete Hauschtek will die Wahlen blos beanstandet wissen, um Beweis zu erheben, ob Beeinflußungen, wie die vorgedachten, stattgefunden haben. Abg. v. Hennig; es liegen so viele Berichte dafür vor, daß die Wahlfreiheit bei der Wahl nicht bestanden, daß beide Wahlen zu kassiren seien, obgleich es mehr im Interesse seiner Partei läge durch Beanstandung eine Untersuchung zu veranlassen. Abg. Achenbach für Gültigkeit der Wahlen, weil die vorliegenden Aktenstücke gesetzwidrige Beeinflussungen nicht beweisen; nur die Form der Erlasse sei unpassend. Abg. Elven: die drei vorliegenden Schreiben seien nur die zu Tage tretenden Glieder einer Kette von Wahlbeeinflussungen, welche die Wahlen nichtig machen, weil sie nicht die nothwendige Garantie der Lauterkeit an sich tragen. Nach dem Schlußantrage des Referenten und einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurden beide Wahlen für ungültig erklärt, ebenso die Wahl von 16 Wahlmännern im Kreise Heidekrug. Das Haus fuhr denn in den noch rückständigen Wahlprüfungen fort.

Zur Situation.

Aus Prag, vom 24. berichtet die „Bohemia" über die Friedensverhandlungen:

Den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens wurde gestern früh vom Florentiner Kabinet eine den österreichischen von ziemlich umfassenden Konzessionen begleiteten Gegenvorstellungen im Allgemeinen zustimmende Antwort avisirt und die Antwort selbst als unmittelbar nachfolgend bezeichnet. Die Bevollmächtigten traten demnach mit dem beiderseitigen Gesandtschafts-Personale sofort zu einer längeren Konferenz zusammen, in welcher bereits die definitive Schlußfassung des Friedens-Vertrages formulirt wurde. Verschiedenen Anzeichen zufolge dürfte schon heute oder doch sicher morgen der Friedensvertrag durch die beiden bevollmächtigten Minister unterzeichnet werden. — Auch die Militärbevollmächtigten der beiden unterhandelnden Mächte haben ihre Aufgabe gestern beendet. Die Ergebnisse ihrer Vereinbarungen sind, wenn wir berichtet wurden, im Allgemeinen folgende: Die Räumung Böhmens wird sofort nach Unterzeichnung — also noch vor Ratification — des Friedensvertrages beginnen, und zwar in der Weise, daß zuerst das südliche und ein Theil Mittelböhmens bis Prag geräumt und die Marschstraße von Tabor nach Prag einerseits, und die Linie, welche die böhmische Westbahn im Anschluße mit Baiern durchschneidet, andererseits gänzlich von preußischen Truppen frei gemacht werden. Mit dem 1. September, bis zu welchen Tage man den Durchzug des halben 7 und des 8. preußischen Armeekorps (General-Lieutenant Herwarth von Bittenfeld) durch's südliche Böhmen durchzuführen hofft, soll der Vormarsch der österreichen Truppen beginnen. An demselben Tage wo die preußischen Truppen, welche eben die Garnison vor Prag bilden, die Stadt verlassen, sollen die Oesterreicher auf der Marschstraße Budweis-Prag und auf der böhmischen Westbahn in Prag einrücken, um von hier aus in die für dieselben bestimmten Garnisonorte dirigirt zu werden. Der Vormarsch von Wien nach Brünn geschieht selbstverständig in gleicher Weise."

Bekanntlich ist in der That die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Prag am 23. erfolgt. Am folgenden Tage ist dann die Auflösung des Bundestages erfolgt, über welche die „A. A. Z." aus Augsburg vom 24. August berichtet: „In heutiger Sitzung traf die Bundesversammlung noch einige Verfügungen in Verwaltungsangelegenheiten und beschloß sodann nachdem in Folge der Kriegsereignisse und der Friedensverhandlungen der deutsche Bund als aufgelöst betrachtet werden muß ihre Thätigkeit mit der heutigen Sitzung zu beendigen, auch hiervon die bei ihr beglaubigten Vertreter auswärtiger Regierungen zu benachrichtigen. Zugleich traf sie interimistische Fürsorge für das Bundeseigenthum, bis in dieser Beziehung die weitern geeigneten Maßnahmen von den früher im Bunde vereinten Regierungen ergriffen sein würden, und empfahl letzteren die Beamten und Diener des Bundes, sowie diejenigen Individuen, welchen vom Bunde Pensionen und Unterstützungen verwilligt worden sind, hinsichtlich ihrer Gehalts- und Pensionsansprüche beziehungsweise Unterstützungen, indem die Ausbezahlung der auf Bunbeschlüssen beruhenden Bezüge jeder Art. bis auf Weiteres angeordnet wurde."

— Nach der „Bair. Ztg." ist für Baiern die Ratifikationsfrist für den Friedensvertrag auf 12 Tage verlängert worden. Dies offizeelle Blatt bestätigt die schon angeführten Gebietsabtretungen an der kurhessischen Grenze; außerdem fällt an Preußen die bairische Enklave Kaulsdorf mit 500 Einwohnern (unweit Saalfeld), welche an den preußischen Kreis Ziegenrück stößt.

Ueber die Verhandlungen mit Sachsen, welche dieser Tage begonnen haben, meldet die „N. Pr. Ztg.": „An Kriegskosten verlangt Preußen, wie man sagt, 20 Millionen Thaler. Wie wir hören, werden die befestigten Punkte des Königreichs Sachsen von preußischen Truppen besetzt bleiben, zu welchen befestigten Punkten jetzt auch Dresden gehört."

— Die „Nazione" sagt: General Menabrea verlange die Zurückgabe aller werthvollen Gegenstände, einschließlich der eisernen Krone, welche Oesterreich in jüngster Zeit in Venetien an sich genommen hat. Dasselbe Blatt konstatirt den versönlichen Geist, welchen die österreichischen Bevollmächtigten bis jetzt gezeigt haben.

— Auch Mecklenburg ist jetzt gutem Vernehmen nach dem norddeutschen Allianzvertrage beigetreten. Nur Oldenburg ist, seltsam genug, im Rückstande geblieben. Oldenburg — schreibt die „K. Z." — ist schon seit Mitte Juni gegen Preußen gebunden, aber der Beitritt, größtentheils im Interesse der beitretenden Regierung vermittelt, war ein Beweis des Entgegenkommens mit welchem Oldenburg, sollte man meinen, am wenigsten zögern mußte. Man hört sogar sagen, das Protocoll werde nöthigenfalls ohne Oldenburg geschlossen werden. Aber das Großherzogthum wird wohl doch nicht allein zurückstehen wollen und im letzten Augenblick unterzeichnen.

— Der „W. St.-A." veröffentlicht den Text des Friedensvertrages mit Württemberg. Derselbe enthält 10 Artikel. Württemberg zahlt innerhalb 2 Monaten 8 Millioaen Gulden, für deren Bezahlung der König von Württemberg durch Hinterlegung von Staatspapieren Garantie leistet. Die Auseinadersetzung über das Bundeseigenthum bleibt vorbehalten. Vorbehaltlich der Verhandlungen, welche unmittelbar nach dem Friedensschluß beginnen sollen, bleiben die bisherigen Zollvereinsverhältnisse mit 6 monatlicher Kündigung fortbestehen. Im Art. 8 heißt es: „Die hohen Contrahenten werden unmittelbar nach Herstellung des

Friedens in Deutschland den Zusammentritt von Commissarien zu dem Zwecke veranlassen, um Normen zu vereinbaren, welche geeignet sind, den Personen- und Güterverkehr auf den Eisenbahnen möglichst zu fördern, namentlich die Concurrenzverhältnisse in angemessener Weise zu regeln und den allgemeinen Verkehrsinteressen nachtheiligen Bestrebungen der einzelnen Verwaltungen entgegenzutreten." — Ferner erkennt Württemberg ausdrücklich die Bestimmungen des zwischen Preußen und Oesterreich zu Nicolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Präliminarvertrages an, tritt denselben, soweit sie die Zukunft Deutschlands betreffen, auch seinerseits bei.

Wien, den 28. August Die gestrigen Abendblätter melden, daß die Ratification des Friedens zwischen Preußen und Oesterreich bereits erfolgt ist und der ratifizirte Friedens-Vertrag heute zur gegenseitigen Auswechselung nach Berlin abgeht. Es heißt, daß die Ernennung des Frhrn. v. Hübner zum Minister des Aeußern nahe bevorsteht, ebenso die Einsetzung eines ungarischen Ministeriums, in dem Graf Andrassy Platz finden würde.

Augsburg, den 25. August. Der hierher geflüchtete sogenannte Bundestag hat gestern seine letzte Sitzung gehalten. Nach einem Berichte der „A. Z." traf die Versammlung noch einige Verfügungen in Verwaltungs-Angelegenheiten und beschloß sodann, nachdem in Folge der Kriegsereignisse und der Friedensverhandlungen der deutsche Bund als aufgelöst betrachtet werden muß, ihre Thätigkeit mit dieser Sitzung zu beendigen, auch hiervon die bei ihr beglaubigten Vertreter auswärtiger Regierungen zu benachrichtigen. Zugleich traf sie interimistische Fürsorge für das Bundes-Eigenthum, bis in dieser Beziehung die weiteren geeigneten Maßnahmen von den früher im Bunde vereinten Regierungen ergriffen sein würden, und empfahl letzteren die Beamten und Diener des Bundes, so wie diejenigen Individuen, welchen vom Bunde Pensionen und Unterstützungen verwilligt worden sind, indem die Ausbezahlung der auf Bundesbeschlüssen beruhenden Bezüge jeder Art bis auf Weiteres angeordnet wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 28. August. Se. Majestät der König hat unter dem 15. d. M. folgende Allerhöchste Ordre erlassen: „Ich bestimme an dem heutigen Tage, an welchem der Chef des Ostpreußischen Kürassier-Regiments No. 3, General-Feldmarschall v. Wrangel eine 70jährige Dienstzeit zurückgelegt hat, hierdurch, daß in ehrender Anerkennung der von demselben während dieses langen Zeitraums dem Vaterlande geleisteten treuen und erfolgreichen Dienste das Regiment fortan den Namen „Ostpreußisches Kürassier-Regiment No. 3, Graf Wrangel" führen soll; und habe demgemäß verfügt. Auf dem hiesigen Königlichen statischen Bureau beschäftigt man sich gegenwärtig mit Special-Uebersichten über die gesammte statistische Literatur, welche die annectirten deutschen Länder betrifft. Hingegen verlautet noch immer nichts über das Wiedererscheinen der seit Jahre verstummten Zeitschrift des Bureaus. Würtemberg, Baiern und Baden haben sich bei den Friedensverhandlungen bereit erklärt, die bisherige Vereinswährung zur Landesmünze zu machen, also Münzen-Einheit in Deutschland herzustellen. Dadurch würde Frankfurt a. M., dessen commercielle Bedeutung bisher hauptsächlich auf der Vermittelung der norddeutschen gegen süddeutsche Valuten beruhte, einen argen Stoß erhalten. Der „N. A. Z." gehen aus Württemberg Nachrichten über die Fortdauer preußenfeindlicher Agitationen in dortigen Kreisen zu, wo man sie am wenigsten jetzt erwartet hätte. So sollen auf Anweisung des Gouverneurs von Ulm, des Grafen Wilhelm v. Württemberg, unter der Erklärung, daß in der Festung keine verdächtigen Individnen verweilen dürften, in der rücksichtslosesten Weise Personen ausgewiesen sein, bloß weil sie preußischer Sympathien verdächtig waren. Diese Handlung der Inhumanität hat besonders hart gewerbtreibende Familienväter getroffen, welche in Ulm das Bürgerrecht zwar nicht besitzen, allein Württemberger und in der Festung seit Jahren ansässig sind. Ja, der Graf soll in seinem Preußenhasse so weit gehen, das Bildniß unseres Königs, so wie dasjenige des Minister-Präsidenten, als Zielscheibe für seine Uebungen im Schießen mit Zimmerpistolen aufgestellt zu haben. Der Kurfürst von Hessen kann sich noch immer nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß es mit seinem Regiment zu Ende ist, obwohl der frühere Minister v. Baumbach und der Regiments-Commandeur, Oberst-Lieutenant v. Bischoffshausen, die aus Berlin hier eingetroffen sind, ihm die gegenwärtige Situation offen mitgetheilt haben. Der Kurfürst glaubt noch immer, daß ihm sein Adjutant, Major v. Eschwege, aus Berlin die Nachricht bringen werde, er sei wieder eingesetzt und der Minister-Präsident Graf Bismarck entlassen. — Die Anzahl der in Oesterreich befindlichen preußischen Kriegsgefangenen beträgt nach einer Mittheilung der Wiener „Presse" nur 391 Mann und 5 Offiziere — Die „K. Bl." melden, daß der König Ende dieses Monats in Köln erwartet wird. Es soll auf der Mühlheimer Haide eine große Heerschau über das 7. und 8. Armeecorps abgehalten werden. — Nach der „B. M.-Z. ist es nicht unwahrscheinlich, daß der König noch im Spätsommer eine Erholungsreise etwa in ein Seebad unternehmen dürfte, doch ist darüber eine Bestimmung noch nicht getroffen. Die Königin Augusta, so wie sämmtliche Mitglieder der k. Familie werden zum Einzuge der Truppen in Berlin anwesend sein. — Dem Vernehmen nach ist vom preußischen Kriegs-Ministerium an das General-Commando in Rensburg die Ordre eingetroffen, nicht nur keine Beurlaubungen mehr zu gestatten, sondern auch die in jüngster Zeit bereits Beurlaubten wieder einzuberufen. — Die Zahl der Verwundeten und Kranken, welche sich zur Zeit in den Militär-Spitälern befindet, beläuft sich nach amtlichen Ermittelungen auf 33—34,000, worunter ca. 12,000 Kranke sind, es befinden sich darunter 13,000 Oesterreicher und 7000 Preußen. Der Verlust an Todten, auf dem Schlachtfelde Gebliebenen, wie an den Wunden Ver storbenen wird nicht unter 20—24,000 Mann berechnet, wozu sich die gleiche Zahl an Krankheiten, namentlich an der Cholera Verstorbener gesellen mag! Also hätte der blutige Krieg trotz seiner kurzen Dauer ca. 60,000 Menschenleben gefordert. Auf preußischer Seite wird factisch nur ein einziger Offizier vermißt; sämmtliche gefangene preußische Offiziere sind Verwundete.

— Die Gesammtsumme der von Oesterreich und dessen deutschen Verbündeten zu bezahlenden Kriegskosten beträgt $62\frac{1}{2}$ Millionen Thaler. Da Oesterreich bereit ist, seinen Antheil alsbald nach Ratification des Friedensvertrages zu bezahlen, Würtemberg und Baden bereits bezahlt haben, und auch die übrigen süddeutschen Staaten möglichst rasch ihren Verpflichtungen nachkommen werden, um der preußischen Occupation ein Ende zu machen, so wird der Finanz-Minister denn doch in Kürze dahin kommen, den von den Kammern geforderten außerordentlichen Credit entbehren zu können und den glorreichen Krieg ohne dauernde Mehrbelastung des preußischen Staates zu Ende zu führen.

— Die bis jetzt vergebens erwartete Amnestie, soll, wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, bei Gelegenheit des festlichen Einzuges der siegreichen Truppen proklamirt werden. Sie wird sich auf politische Preßvergehen und auf gewisse Kategorien von Vergehen gegen die Militär-Strafgesetze erstrecken. — Für die Zukunft soll der Ausbildung von Militairheilgehilfen nicht allein eine größere Pflege zugewendet werden, sondern auch in größerem Umpfange vor sich gehen. Zu diesem Zwecke sollen in allen großen Garnisonstädten unter Aufsicht von Stabsärzten während der Wintermonate Lehrcurse von bestimmter Dauer angeordnet werden, zu welchen jeder Truppenheil eine Anzahl von Leuten (Barbieren u. s. w.) abcommandirt. In Kriegen, wie der letzte, wo so außergewöhnliche Kräfte in Anspruch genommen werden, hofft man den Aerzten möglichst hilfreiche Stütze zu schaffen. — Aus Kassel ist eine Deputation hier angekommen, bestehend aus dem Oberbürgermeister Nebeltau u. A., sowie zwei Deputirten des Bürgerausschusses, mit dem Auftrage, dem Könige die entgegenkommende Ergebenheit der Stadt Kassel zu versichern, nebenbei auch Bitten und Wünsche, die Stadt-Interessen betreffend auszusprechen.

— Ueber die vor dem Kriege stattgehabten Verkäufe von Eisenbahn-Actien Seitens der Regierung verlautet, daß sie von den Köln-Mindenern für einen Erlös von circa $2\frac{1}{2}$ Millionen Thlr. verkauft hat; die noch in ihrem Besitz befindlichen Köln-Mindener Actien haben, soweit sie verkauft werden dürfen, einen Courswerth von ca. 15 Mill. Thlr. Außerdem besaß die Regierung eine Million Thaler Stammactien der bergisch-märkischen Eisenbahn, die sie verpflichtet war, im Jahre 1872 zum Paricourse der Gesellschaft zu überlassen; diese Million ist, wie in Börsenkreisen verlautet, während des Krieges gegen baare Zahlung des Nominalbetrages in den Besitz der bergisch-märkischen Gesellschaft übergegangen. — Die „Pr. Jahrb." erzählen, daß der König von Hannover, als er durch die Stadt Norden reiste, die ihn sehr kühl empfing, gegen seine Begleiter gar nicht müde wurde den prächtigen Empfang und den reichen Schmuck der Stadt zu rühmen. Die Höflinge stimmten ein, aber Graf Münster, der später dazu kam, bemerkte, daß ihm das alles nicht so glänzend vorgekommen sei, worauf ihm der König erwiederte: „Ich habe Sie bisher für einen verständigen Mann gehalten, aber ich sehe Sie sind blind." Zur Characteristik dieses von Gott verlassenen Mannes wird der „N. Z." auch Folgendes aus Thüringen gemeldet: Als der Welfen-König nach der Schlacht von Langensalza in Roda anlangte, rief er dem Herzog Joseph auf offener Straße und so, daß es Umstehende vernehmen konnten, zu: „Wir haben einen herrlichen Sieg gewonnen und die Preußen tüchtig geschlagen." Dazu rühmte sich der blinde Monarch, „wie erhebend es sei, mitten im Schlachtgewühl zu fechten." Er bildete sich ein, ein leuchtendes Beispiel der Tapferkeit zu sein, und wußte nicht, daß man ihn während des Gefechtes in einen Hohlweg postirt hatte, über welchen die preußischen Geschosse unschädlich musicirend dahinflogen. Diese Blindheit eines gegängelten Fürsten wird durch die neuesten Vorgänge nicht geheilt werden. Ein einziges Mal in seinem Leben zeigt Georg eine überraschende Sehergabe. Im Jahre 1848 fragte er höhnisch Jemand: „Ob er wohl wisse, was die deutschen Farben bedeuten, mit denen sich Turner und Demokraten zu schmücken pflegen?" Dem vertrauensvoll schweigenden Zuhörer gab der damalige Kronprinz folgende Aufklärung: „Die deutsche Tricolore heißt: Aus goldenen Zeiten durch Blut in die Tinte!" — Unter diesen Farben focht weiland König Georg, seine eigene Weissagung vergessend, in dem Augenblicke ihrer Erfüllung.

— Von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin berichtet das Wiener „Vaterland" sonderbare Dinge. Es schreibt: „Bevor der Großherzog seinen Kriegszug gegen die Bundesfürsten antrat, hielt er es jedoch im Hinblick auf die Wandelbarkeit des Glücks für räthlich: sich auf alle Fälle zu decken, und richtete daher, wie wir erfahren, ein Schreiben nach Wien mit der Entschuldigung, daß er sich nur nothgedrungen den Zumuthungen Preußens füge, und daß man ihm dies gedenken möge.

Hannover. Auf eine vor einiger Zeit erfolgte Eingabe von Bürgern Osnabrücks an den König von Preußen, worin um Aufnahme des ganzen Königreiches Hannover gebeten wurde, ist nachstehende Antwort eingetroffen. Se. Majestät der König haben in der Adresse, welche eine Anzahl von Bürgern der Stadt Osnabrück unter dem 13. v. M. an Ihn gerichtet haben mit Befriedigung den Ausdruck nationaler und patriotischer Gesinnungen und einer umbefangenen Beurtheilung der Verhältnisse erkannt. Allerhöchst derselbe haben mich beauftragt, den Unterzeichnern der Adresse Seinen Dank für das ihm entgengegetragene Vertrauen und die Zuversicht auszusprechen, daß die Erfüllung der von Ihnen kund gegebenen Wünsche zum gemeinsamen Wohle gereichen, und auch das Gedeihen der durch ihre Geschichte wie durch ihre Bedeutung als Mittelpunkt eines wichtigen Verkehrs ausgezeichneten Stadt fördern werde. gez. v. Bismarck.

Aus Nassau den 24. Die nassauischen Truppen werden vom 27. d. ab in mehreren Abtheilungen in das Land zurückgeführt. Waffen, Pferde, Munition und Kriegsmaterial aller Art sind an die nunmehr preußischen Behörden abzuliefern. Die Korps werden sofort aufgelöst und die Mannschaften bis zum Feldwebel aufwärts in die Heimath entlassen. Den Subalternoffizieren bis zum Hauptmann aufwärts steht der Eintritt in preußische Dienste frei; bezüglich der Stabs- und Oberoffiziere ist die Entscheidung des Königs für jeden Einzelnen vorbehalten. Die Reformation der Korps soll erst später erfolgen."

Dresden, den 26. August. Während die sächsische Regierung durch ihre im „Dr. Journ." publizirte Versicherung, daß man eifrigst mit den Vorbereitungen zum Parlamente beschäftigt sei, und durch den Erlaß an die Landeskommission, welcher ein ehrliches und freundliches Zusammengehen mit Preußen empfiehlt, einen sanften Druck auf Preußen auszuüben sucht, um möglicherweise noch eine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen, ist hier von Berlin her mit einer stärkeren Gegenpression geantwortet worden. Es ist plötzlich die Wiederaufnahme der Befestigungen Dresdens angeordnet worden und die hiesige Landeskommission publicirt in Folge der Anweisung des preußischen Militärgouvernements die Requisition von 6—7000 Arbeitern, um, nachdem auf dem linken Ufer der Elbe die Arbeiten vollendet sind, auf dem rechten Ufer gleiche Befestigungen auszuführen. Die Nachricht davon hat hier wie ein Blitz in das Publikum eingeschlagen. Man wird sich jetzt klar, daß Preußen nicht gesonnen ist, von seiner Forderung abzulassen, mindestens zur Sicherung seiner Defensivstellung gegen Oesterreich außer dem Königstein und Pirna, auch die Hauptstadt für immer besetzt zu halten. Außerdem werden nach den Grenzen hin noch andere Punkte, als die genannten, eine nicht blos vorübergehende Besatzung erhalten. Die Abholzung von circa 1500 Morgen Waldes jenseits des Waldschlößchens nimmt schon übermorgen ihren Anfang, sodaß an dem Ernst der Sache nicht zu zweifeln ist und die Andeutungen des Legations-Raths v. Zobel, der über Dresden nach Wien gereist und von da gestern wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, ihre Bestätigung erhalten. Nach diesen Andeutungen stellt Preußen sehr weit gehende Forderungen in Bezug auf das künftige militärische Verhältniß Sachsens zu Preußen und sogar derartige, daß der sächsische Unterhändler sie eine Zeit lang für unvereinbar erklärte. Wenn auch Herr v. Zobel auf Grund der kategorischen Erklärungen Preussens eine etwas nachgiebigere Stimmung seiner Regierung nach seiner Rückkehr von Wien hat dokumentiren können, so scheint doch der Abschluß der Friedensverhandlungen noch in weiter Ferne zu stehen, da zwischen den von beiden Seiten aufgestellten Bedingungen eine weite Kluft auszufüllen ist. — Die größeren Truppenmärsche aus dem Süden haben damit begonnen, daß dasjenige Bataillon des 24. Landwehr-Regiments, welches zuletzt in Teplitz stand, heut Mittag Dresden passirt ist, um nach dem Norden dirigirt zu werden.

— Die vorher signalisirte, dem alten General v. Treitschke von den sächsischen Hof-Partikularisten abgenöthigte Erklärung gegen seinen Sohn ist jetzt endlich im „D. J." erschienen. Sie lautet: „Erklärung: Obgleich fest überzeugt, gegenüber allen Denjenigen, von welchen ich persönlich gekannt bin, einer Darlegung meiner Gesinnungen gegen S. M. den König Johann und dessen hohes königl. Haus nicht zu bedürfen, welchem länger als 52 Jahre nach Kräften treu gedient zu haben ich mir zur Ehre rechne, und für dessen Rechte mein jüngerer Sohn geblutet, — fühle ich mich dennoch bewogen zu öffenllicher Aussprache: sammt allen den Meinigen nur mit Entrüstung und tiefem Schmerze die Aeußerungen gelesen zu haben, welche mein älterer Sohn in der Schrift: „Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten" gegen dieses theure Königshaus sich gestattet hat. Dresden, 22. August 1866. v. Treitschke, k. sächs. Generallieutenant a. D."

Leipzig, den 26. August. In der heute hier abgehaltenen Versammlung der liberal-nationalen Partei des Königreichs Sachsen wurde gegen eine sehr geringe Minorität folgende Resolution gefaßt: Wir halten die deutschen und sächsischen Interessen am besten gewahrt durch die Einverleibung Sachsens in Preußen, oder, falls dies nicht möglich, wenigstens durch völlige Abtretung der Militärhoheit und Diplomatie an die Krone Preußen, sowie durch die Uebergabe der auf die allgemeinen Verkehrsinteressen bezüglichen Gesetzgebung und Verwaltung an die betreffenden Bundesorgane.

Belgien. Die Nachrichten über den Nichterfolg des Besuchs der Kaiserin Charlotte in Paris bestätigen

sich. Die Kaiserin hat eine Art von mündlichem Ultimatum überbracht, und da Louis Napoleon auf keine der gestellten Bedingungen eingehen konnte, so hat die Kaiserin vor ihrer Abreise die Abdankung ihres Gemahls als völlig beschlossen angekündigt. Man glaubt die Abdikations-Nachricht und vielleicht den Ex-Kaiser selbst mit dem ersten Steamer, der die Antwort auf der Kaiserin Charlotte Berichte noch St. Nazaire bringen wird, erwarten zu müssen.

Oesterreich. Die Reduzirung der Armee ist bereits von dem Kaiser genehmigt und wird bis Ende September durchgeführt sein. Zunächst werden die Soldaten der italienischen Nationalität in ihre Heimath entlassen. Für die Offiziere wird diesmal die Reduzirung der Armee weniger von nachtheiligen Folgen begleitet sein, wie bei früheren Gelegenheiten wie z. B. nach dem Jahre 1859, da der Beschluß gefaßt worden ist, die Zahl der Infanterie-Regimenter auf 100 und der Artillerie-Regimenter auf 20 zu erhöhen. Ebenso sollen die Jägerbataillone angemessen vermehrt werden.

Frankreich. Nach der in Aussicht stehenden Abdankung des Kaisers Maximilian, und dem Abzuge der französischen Okkupationstruppen aus Mexiko, hat man gegründete Ursache, für die Sicherheit aller dort weilenden Franzosen das Schlimmste zu befürchten. Um sich die wohlwollende Neutralität Amerikas zu sichern und die so hart bedrohten mexikanischen Staatsgläubiger in Frankreich einigermaßen zu beruhigen, soll an den Marschall Bazaine die Weisung ergangen sein, nach der Abreise Maximilians ein Plebiscit auszuschreiben, und wenn die öffentliche Meinung sich für die Proklamirung der Republik ausspricht, derselben durchaus kein Hinderniß entgegenzusetzen. Man meint hier sogar, daß der Marschall Bazaine, der im Besitze der Sympathien eines großen Theiles der Bevölkerung sein soll und dem es nicht an mächtigen Hebeln fehlt, seine Wahl zum Präsidenten der Republik durchzusetzen im Stande sein werde; dies Uebergangsstadium zur Herrschaft der Vereinigten Staaten würde dann den Franzosen in Mexiko zu Statten kommen.

Italien. Die Kaiserin von Mexiko ist a. 24. d. in Turin eingetroffen und, wie von dort telegraphirt wird, am Bahnhofe von den Behörden und einem Vertreter des königlichen Hauses empfangen worden. Dem „Memorial" zufolge hat die Kaiserin im Ganzen sechs längere Besprechungen mit Napoleon III. gehabt. Sie hat nach derselben Quelle einen Courier nach Mexiko geschickt und wird in Miramare die Entschlüsse abwarten, die ihr Gemahl nach dem Ergebniß ihrer Reise zu fassen für gut erachten werde.

Rußland. Der „Dziennik pozn." theilt zur Warnung für diejenigen, welche nach dem Königreich Polen reisen wollen, folgenden Vorfall mit: Der junge Graf Skorzewski reiste gegen Ende vorigen Monats, mit einer Paßkarte versehen, von seinem im Kreise Adelnau an der Grenze gelegenen Gute nach Kalisch. Auf der Zollkammer in Szczypiorno wurde er bei Visirung der Paßkarte für verdächtig befunden und unter Escorte eines Gensd'armen nach Kalisch abgeführt. Der Gouverneur in Kalisch, vor den er sofort gestellt wurde nahm eine lange Verhandlung mit ihm auf und erklärte ihm schließlich, daß er verhaftet sei und im Gefängniß weitere Befehle aus Warschau abwarten müsse. Die preußischen Behörden, die sofort von diesem willkürlichen Verfahren benachrichtigt wurden, und denen die Persönlichkeit des Herrn v. Skorczewski genau bekannt ist, reclamirten den Verhafteten ohne Verzug, unter Beifügung eines seine politische Unbescholtenheit bezeugenden Attestes. Diese Reclamation blieb ohne Erfolg. Der Gouvernenr sandte sämmtliche Papiere nach Warschau ein und erklärte, daß er ohne Bescheid von dort nichts thun könne; er gestatte jedoch in Folge einer von einem in der Nähe angesessenen Gutsbesitzer geleisteten Bürgschaft, daß Graf v. Skorczewski den Bescheid aus Warschau auf freiem Fuße abwarten durfte. Dieser traf enlich nach Verlauf von fast drei Wochen ein und brachte ihm seine gänzliche Freilassung, Der Landrath des Adelnauer Kreises hat gegen das willkürliche Verfahren der russ. Grenzbehörden beim Minister des Auswärtigen, Grafen Bismarck, Beschwerde erhoben und dieser soll auf diplomatischem Wege bei der russischen Regierung Genugthuung für den Grafen v. Skorczewski verlangt haben.

– Der Zuschlag zu den 4/10 Procent der männlichen Bevölkerung des Königreichs Polen, welche am 15. October ausgehoben werden sollen, entsteht durch Ausfall, welcher in der Rekrutirung vom Jahre 60 bis 63 stattfand und jetzt nachgeholt werden soll. Die über 4/10 Procent Ausgehobenen durften sich im Jahre 1865 je mit 400 R. S. loskaufen. Bei der jetzigen Rekrutirung soll ein allgemeines Loskaufsystem stattfinden, da einem Jeden, der sich bei der Conscription nicht freigeloost haben sollte, freisteht, einen Ersatzmann zu stellen, oder auch gegen Erlegung von 1000 Rubeln einen vollständigen Befreiungsschein zu erwerben. Nebenbei ist ein langes Register von dienstlichen oder häuslichen Verhältnissen, wissenschaftlichen und künstlichen Befähigungen u. s. w. veröffentlicht, welche sämmtlich den betreffenden jungen Leuten Befreiung vom Militärdienste sichern.

Türkei. Bukarest, d. 26. August. Fürst Karl, der eine Rundreise durch die Moldau gemacht, ist überall mit großem Enthusiasmus empfangen worden. In allen Städten sammelten sich die Landbewohner zu Tausenden, um den Fürsten zu begrüßen. Nächsten Dienstag trifft der Fürst in Jassy ein.

Amerika. Aus der Stadt Mexiko wird mitgetheilt: Man betrachtet es hier als eine ausgemachte Sache, daß Maximilian mit einer starken Leibwache aus österreichischen Truppen sich bald nach Europa einschiffen werde. Auf der andern Seite wird jedoch behauptet, daß Marschall Bazaine sich dem nöthigenfalls mit Gewalt widersetzen würde.

— Nach dem Berichte zu schließen, den die mit der Inspektion der Freigelassenen-Büreaux betrauten Generale Steedmann und Fullerton nach ihrer Rückkehr aus dem Süden erstattet haben, ist die jetzige Lage der Schwarzen unter der Aufsicht des Büreaus wenig besser als ihre frühere in der Sklaverei. Ueber das vom Bureau durchgeührte System der Dienstverträge urtheilen die Inspektoren wie folgt: „Dasselbe ist einfach Sklaverei in einer andern Form. Ist's ein Unterschied für den Neger, ob er um 5 Dollars oder um 5000, an 30 Herren auf je ein Jahr oder an einen auf 30 Jahr verkauft wird? Unfreiwillige Knechtschaft bleibt es immer, und Lincoln's Emancipationsproklamation ist rein illosorisch gemacht. Wenn der Freigelassene seine Arbeit verläßt, um besseren Lohn zu suchen, wird er als Vagabund festgenommen und in Ketten zur Arbeit gezwungen. Verläßt er einmal die Pflanzung um einen Freund zu besuchen, so ist dies ein Vergehen das mit 50 Doll. abzubüßen ist. Weigert er sich zu arbeiten, so wird er von der Polizei des Bureaus in Verhaft genommen und für wenige Dollars an den nächsten besten Pflanzer verkauft. Das einzige Mittel gegen Vertragsbruch eines Weißen ist die Schadenersatzklage, und wir vermögen nicht einzusehen, warum es bei den Schwarzen anders sein soll. Der Freigelassene hat nichts zu verkaufen außer seiner Arbeit, und es sollte ihm freistehen, den höchst möglichen Preis dafür nachzusuchen. Ist er wirklich ein freier Mann, so kann es auch weder gerecht, noch gesetzlich sein, sich eine Autorität über ihn anzumaßen und dem Beamten des Bureaus dies eben so wenig als dem Pflanzer erlaubt sein." Weiter weist der Bericht nach, daß der Neger, die nicht unter dem Kontraktsystem des Bureaus arbeiten, in der Regel das Drei- oder Vierfache verdienen, und daß die Pflanzer den letztern sogar immer den Vorzug geben.

Provinzielles.

Culm, den 26. August. (Gr. Ges.) An den hiesigen Kreisgerichts-Direktor Herrn Arndt, als den Vorsitzenden des Culmer Hilfscomités für verwundete und erkrankte Krieger, ging dieser Tage ein Schreiben des Oberstlieutenants v. Pannewitz, Kommandeurs des 4. Grenadier-Regiments aus dem Kantonnement Gaya (in Mähren) ein, worin dem Comité für übersendete 100 Thaler gedankt wird. Die Summe war zur besseren Verpflegung der Mannschaften des Füsilier-Bataillons des 4. Grenadier-Regiments, das in Culm in Garnison stand, bestimmt und ist demgemäß verwendet worden. Der Brief, datirt vom 15. August, macht die erfreuliche Mittheilung, daß die Cholera, welche so manches Opfer gefordert und größere Schrecken als die Kriegsfurie verbreitet hat, als erloschen zu betrachten ist; im 4. Grenadier-Regiment waren seit 8 Tagen keine Erkrankungen mehr vorgekommen.

Graudenz, den 27. August. (Gr. Ges.) Zum Ankauf von Remonten für die mittleren Provinzen stehen folgende Märkte an: den 1. September in Marienburg, den 3. September in Dirschau, den 4. September Mewe, den 5. September in Marienwerder, den 6. September in Neuenburg, den 8. September in Rehden, den 10. September in Schwetz, den 11. September in Poln. Crone, den 13. September in Inowraclaw, den 17. September in Wirsitz, den 20. September in Znin.

Marienwerder, den 26. August. (Danz. Ztg.) Die Dilettanten-Vorstellung im Schützenhause, von der ich Ihnen neulich berichtete, hat einen Reinertrag von über 60 Thlr. ergeben, der an das Local-Comité zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegerfamilien abgeführt ist. — Heute beginnen die Kullack'schen Theatervorstellungen mit der Aufführung von Bauernfeld's Schauspiel „Ein deutscher Krieger." — Das wegen der kriegerischen Ereignisse ausgesetzte Schützenfest findet jetzt wahrscheinlich am 27. d. statt. — Am Bartholomäustage ist die niedere Jagd in unserem Bezirke eröffnet worden und die Jäger benutzen diese Erlaubniß auch schon fleißig. Sie klagen über die geringe Zahl von Rebhühnern die sich in diesem Jahre finden. Dagegen scheint es sehr viel Hasen zu geben. — Das Wetter hat sich seit einigen Tagen geändert; wir haben warme klare Luft und damit die Hoffnung, daß die Ernte im Ganzen gut werden wird.

Danzig, den 26. August. Die vereinigten Sänger Danzigs haben in dieser Woche endlich ihr vielfach verregnetes großes Concert zum Besten der hilfsbedürftigen Landwehrfrauen gegeben, ohne indessen einen namhaften Ertrag zu erzielen. Es kamen aber auch weder bedeutende Gesänge zur Aufführung, noch waren die Leistungen im großen Ganzen besonders lobenswerth. Die in Deutschland so seltene Uebereinstimmung schien auch den Herrn Sängern, namentlich dem großen Chor zu fehlen. — Fräul. Raabe's Gastspiel an der Sommerbühne des Herrn Wölfer ist gleichfalls nicht von dem gewünschten Erfolge gekrönt gewesen, und hat die Künstlerin nur ihrer früher eingegangenen Verpflichtung genügt und sich dann nach Berlin begeben. Doch ist es Herrn Wölfer gelungen, sie zu einem Gastspiele für den Winter in Elbing zu engagiren, woselbst derselbe auch nächsten Winter wieder das Theater übernehmen wird, nachdem dasselbe deshalb nicht an Herrn Kullack verpachtet werden konnte, weil Herr Wölfer allein die Concession für Elbing besitzt, eine Bewerbung darum Seitens des Herrn K. aber anscheinend erfolglos geblieben ist. Von seinen hiesigen Schauspielern wird Herr Wölfer nur sehr wenige nach Elbing mitbringen, was Sie allerdings nicht zu bedauern haben. Unter dem neuen Personal sollen sich auch für die Aufführung kleinerer Opern genügende Kräfte befinden. — In unserem Seebadeort Zoppot soll dieser Tage die Frau eines hiesigen Kaufmanns den Versuch gemacht haben, ihren Ehemann im Schlafe durch Auflegen eines in Gift getränkten Taschentuches zu tödten, was ihr aber nicht gelungen ist. Sie soll nun vor Schreck über die Entdeckung ihres Gebahrens in eine schwere Krankheit verfallen sein und bedenklich darniederliegen.

— (Gr. G.) Seit der Schreckenszeit eines Repping und Consorten ist hier niemals so viel und mit solcher Frechheit gestohlen worden, als in den letzten Wochen. Es deutet Alles darauf hin, daß sich eine recht bedeutende Bande hier und in der Umgegend umhertreibt, und in ihrem Fache mit großer Schlauheit und Raffinirtheit zu Werke geht, ja, mitunter auch Streifzüge in andere Kreise der Provinz unternimmt, um sich so leichter der Entdeckung zu entziehen. Je erfolgreicher sie hierin ist, desto kühner scheint sie auch zu werden, denn vom einfachem Diebstahl und Einbruch ist sie bereits in mehreren Fällen zum Raube übergangen und in letzter Nacht sogar zum Raubmord. Etwa zwischen 1 und 2 Uhr fand sich eine Bande von circa 10 Personen in unserer Nachbar-Ortschaft Groß-Walddorf ein, drang hier mit Gewalt durch ein Fenster in das Haus des Hofbesitzers Schulz, woselbst eine 60jährige Dienstmagd, welche inzwischen erwacht war und Lärm machte, von ihr erschossen wurde; dann drangen 6 bis 8 Strolche in das Schlafzimmer des Schulz und zwangen denselben durch Bedrohung mit Mord zur Herausgabe seines sämmtlichen Geldes, der Werthsachen und Kleider. Dem S. blieb nichts übrig, als ihrem Verlangen willig Folge zu leisten, und so übergab er ihnen denn über 700 Thlr. baares Geld, eine Menge Silbersachen, Kleider und zwei Gewehre, womit sie sich eiligst entfernten. Eine Fußspur oder sonst irgend ein Zeichen, das auf ihre Entdeckung führen konnte ist nicht aufgefunden; nur ein Päckchen Kleider sah man nächsten Morgens noch am Wege liegen. Sie gehörten zu den gestohlenen und sind von den Räubern wahrscheinlich fortgeworfen worden. Die Aufregung über diesen Vorfall ist hier natürlich sehr groß.

— Den 28. August. (Danz. Z.) Der Kaufmann Th. Rodenacker ist zum italienischen Consular-Agenten ernannt und demselben das Exequatur ertheilt.

Königsberg, den 26. August. (K. H. Z.) Da am 29. d. Mts. die Wiedereröffnung der Schulen beginnen soll, so ist bei dem hiesigen Prov.-Schul-Collegium der Antrag gestellt worden, daß es die resp. Schulvorstände veranlasse, auch hier die in Danzig getroffene Einrichtung zu beobachten, wonach, nach Beendigung jeglicher Schulstunde, das Klassenzimmer während 1/4 Stunde von den Schülern geräumt werden muß, um durch Oeffnung der Fenster die erforderliche Luftreinigung eintreten zu lassen.

— Den 28. August. Am Donnerstag verhandelte das hiesige Tribunal in zweiter Instanz gegen den Kreisger.-Rath Buchholz aus Heiligenbeil, welcher wegen der Annahme von Geschenken für amtliche Handlungen und wegen Wuchers angeklagt war. In erster Instanz war er wegen des zweiten Vergehens freigesprochen worden. Das Ostpr. Tribunal verurtheilte ihn in Betreff beider Anklagen zu 30 Thlr. event. 1 Monat Gefängniß und zu 50 Thlr. event. 1 Monat Gefängniß und sprach wegen des ersten Vergehens 2-jährige Unfähigkeit zu öffentlichen Aemtern aus.

Gnesen, den 25. August. Am 21. fand hier unter Vorsitz des Erzbischofs Gr. Ledochowski eine Dekanats-Conferenz statt, auf welcher nach der „Bromb. Z." u. A. beschlossen wurde: „Die Geistlichen dürfen keinem politischen und überhaupt keinem anderen als dem St. Vincent-Verein als Mitglied angehören", und „das Lied „Boże coś Polskę" ist nicht mehr als Kirchenlied zu betrachten und daher das Singen desselben in der Kirche und überhaupt bei öffentlichen Andachten nicht zu gestatten". Das angeführte Lied ist bekanntlich häufig als revolutionär von den Staatsbehörden zu singen verboten worden.

Lokales.

— **Personalia.** Se. Exc. der Oberpräsident der Provinz Preußen Herr Dr. Eichmann besuchte am Dienstag den 28. d. unsere Stadt und nahm unter Anderem das neue Kriminalgerichtsgebäude, welches seiner Vollendung entgegengeht, in Augenschein.

— **Von den österreichischen Kriegsgefangenen**, welche im Jakobsfort untergebracht sind, ist eine große Anzahl — dem Vernehmen nach 60 — heute morgen entflohen. Es sind sofort Anstalten getroffen, die Entflohenen einzubringen.

— **Zum Postverkehr.** Bei dem Herannahen des Zeitpunktes, zu welchem unsere Truppen in die Heimath zurückkehren, empfiehlt es sich, in der Absendung von Briefen und Geldbriefen an dieselben eingeschränkter zu verfahren, denn die Vertheilung der Sendungen während einer Eisenbahnfahrt der Truppen ist überhaupt nicht ausführbar, und kann bei einem Fußmarsch der Truppen nur in Marsch- und Ruhequartieren in dem Maße, als die einzelnen Bataillone, Escadrons, Batterien u. s. w. nicht zerstreut liegen, erfolgen. Privat-Päckereien werden, sobald die Marschbewegung der Truppen nach der Heimath begonnen hat, denselben unterwegs nicht zugeführt, sondern nach den Friedens-Garnison-Orten geleitet.

— **Das Feuerwerk** im Ziegeleigarten am vor. Sonntag hat gutem Vernehmen nach 152 Thlr. ergeben, von welchen 50 Thlr. auf die Kosten kommen, 22 Thlr. für das hiesige Privatlazareth und 80 Thlr. für die Hinterbliebenen gefallener Krieger bestimmt sind.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Das Projekt, die Bahn von Lodz über Sieradz, Kalisch und nach der preußischen Grenze zum Anschluß an die von Breslau über Oels nach Ostrowo zu bauende Linie auszuführen, hat einige Zeit geruht, wird aber, wie man hört, jetzt wieder aufgenommen und soll nunmehr die Sache in ernste Berathung genommen werden. Der „Schles. Ztg." zufolge hat man sich für die Linie von Lodz durch die Fabrikgegenden und Kalisch zur

direkten Verbindung mit Breslau entschlossen und dürfte deren Ausführung ziemlich feststehen, vorausgesetzt, daß die Bahn von Breslau über Oels nach Ostrowo von preußischer Seite gebaut wird.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Thorn, den 29. August. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 42—64 thlr.
Roggen: Wispel 34—39 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 40—44 thlr.
Gerste: Wispel kleine 30—32 thlr.
Hafer: Wispel 23—24 thlr.
Rübsen: Wispel 72—78 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 12—14 sgr.
Butter: Pfund 6—6½ sgr.
Eier: Mandel 4—4½ sgr.
Stroh: Schock 10—11 thlr.
Heu: Centner 25 sgr.—1 thlr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 33⅓—½ pCt. Russisch-Papier 33 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 28. August. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 2 Fuß 2 Zoll.
Den 29. August. Temp. Wärme 14 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 1 Fuß 11 Zoll.

Literarisches.

„**Der deutsche Krieg im Jahre 1866.** Nach den besten Quellen dargestellt von H. v. B. Königl. preuß. Offizier a. D. 1. Lieferung. Preis 4 Sgr. Verlag von Neumann-Hartmann in Elbing." Die lebendige und klare Darstellung, mit welcher der Verfasser dem deutschen Volke in vorliegendem Werke die Ursachen und den Verlauf des jüngst beendigten, Deutschland regenerirenden Krieges, zum Theil durch Mittheilung sehr interessanter und fesselnder Details schildert, die würdige Ausstattung, der billige Preis und endlich noch der Umstand, daß ein Theil des Reinertrages dieser Schrift zum Besten für die Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Krieger bestimmt ist, berechtigt uns dem Buche Eingang und Verbreitung in allen Kreisen des Volkes zu wünschen. —m—

* Unsern Lesern dürfte die Nachricht interessant sein, daß soeben das gut getroffene und schön ausgeführte Portrait des Erfinders des preußischen Zündnadelgewehrs, Geh. Commissionsrathes **N. von Dreyse** zu Sömmerda, im Kunsthandel erschienen ist. Diese nach einem vor Kurzem aufgenommenen Original-Portrait copirten Photographien in Vis.-Kart.-Format sind durch alle Buch- und Kunsthandlungen, so wie auch von der Verlagshandlung direkt (Großmann in Weißensee in Thür.) zu billigem Preise zu beziehen. —

Der Erfinder der Zündnadel hat so Großes gewirkt, daß seinem Bildniß mit Recht in jedem Photographie-Album ein Platz angewiesen werden darf. —.—

Inserate.

Bekanntmachung.

Die zur hiesigen städtischen Dampfmühle gehörigen Cylinder und Beuteltücher — von zwei Weizen- und einem Roggen-Mahlgang sollen im Termin

den 15. September cr.
Vormittags von 10 Uhr ab
im Dampfmühlen-Etablissement verkauft werden.
Culm, den 8. Juni 1866.

Der Magistrat.

Die glückliche Entbindung meiner Frau **Emma**, geborene **Dultz**, von einem gesunden Knaben zeigt Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.

Kuessner,
Feldwebel.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß mein Geschäft von Montag, den 3. September ab wieder eröffnet ist.

Marie Breland, Modistin.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts.

Um schnell zu räumen, verkaufe ich meine sämmtlichen **Moden-, Leinen-, Seiden und Confectionswaaren** unter dem Kostenpreise. Echt französische Long-Châles und Salon-Teppiche in größter Auswahl

Simon Leiser.

Neueste und billigste Berliner
Damenzeitung für Mode und Handarbeit.
Preis für das ganze Vierteljahr **nur 10 Sgr.**

10 Sgr. — 1¼ Fcs. — 60 Nkr. Oest. — 36 Kr. Rhein.

Die ersten Nummern der BIENE sind gratis durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Soeben erschienen die ersten Nummern der neuesten Damenzeitung:

DIE BIENE.

Journal für Toilette und Handarbeit.

Die **practischen Bedürfnisse** im Auge behaltend, trägt die „Biene" mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt: Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche **Abbildungen** der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betreff. **Schnittmuster** mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, **Alles selbst anzufertigen** und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Bestellungen nehmen an und führen aus alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der
Redaction des Bazar
mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.

Büchen-, Ellern-, und Fichten-Klobenholz empfiehlt billigst

Herrmann Cohn.



Berliner Pianinos

von schönem Ton und sauberer Spielart empfiehlt die Instrumenten-Handlung von
C. Lessmann
Kl. Gerberstraße 81.

Gänzlicher Ausverkauf!

Wegen Ablauf meines Miethscontrakts bin ich genöthigt, mein Geschäft aufzugeben. Um schnell zu räumen, verkaufe daher Kleiderstoffe, Tuche, Stoffe 2c. unter dem Kostenpreise aus Preise fest.

W. Danziger,
neben der Buchhandlung von **Justus Wallis.**

Die Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn empfiehlt und hält stets vorräthig:

Praktisches Thorner Kochbuch
für bürgerliche Haushaltungen.

Zuverlässige Anweisung zur billigen und schmackhaften Zubereitung aller in jeder Hauswirthschaft vorkommenden Speisen, als: Seuppen, Gemüse, Braten, Getränke, einzumachend Früchte, Bäckereien 2c.

von
Caroline Schmidt,
praktische Köchin.
Preis geb. 10 Sgr.

Allen Hausfrauen, Wirthschafterinnen, Köchinnen 2c. wird hier ein praktisches Kochbuch geboten, welches gewiß überall die größte Anerkennung finden, und sich gar bald in allen Familien einbürgern wird.

Frische Braunschw. Cervelat-Wurst verkauft die A. Mazurkiewicz & Co.'sche Con.-Masse.

Der Verwalter
Dr. Meyer,
Justiz-Rath.



Am Sonntag den 2. September cr. 9 Uhr Vormittags findet im Tempel die **Verpachtung der Tempelsitze** statt.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde zu Thorn.

So eben erschien und ist in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** vorräthig:

Volksgesundheitslehrer
von **C. Bock.**
Fünfter unveränderter Abdruck. Preis 5 Sgr.

Meinen geehrten hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mein Leder und Seiler-Waarengeschäft von der Bader- nach der

Brückenstr. № 38

verlegt habe.

Scholly Behrendt.

Geräuch. Lachs

bei **Friedrich Schulz.**

In der **A. Mazurkiewicz & Co.**'schen Con.-Masse werden, Rothwein, Rheinwein, Ungarwein, Madaira, Portwein, Sherry 2c., Rum's, Arrac u. Cognac zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft; — sowie auch leere Fastagen als Anker, Ohm und Oxhoftgebinde.

Der Verwalter,
Dr. Meyer,
Justiz-Rath.

Alte **Ziegel** und **Ziegelstücke** verkauft
Ernst Rotter.
Gerechtestraße Nr. 128.

Plakate mit:
„Wohnung zu vermiethen"

auf Pappe gezogen zum Aufhängen à 3 Sgr. sind zu haben bei **Ernst Lambeck.**

Gänzlicher Ausverkauf.

Um schnell zu räumen verkaufe ich die Waarenbestände meines Kurz- und Weiß-Waaren-Lagers zu weiter herabgesetzten Preisen aus.

J. H. Kalischer.

Altstadt Nr. 162 (am Markt ist eine möblirte Stube und Kabinet sofort zu vermiethen.

Eine möblirte Stube mit Beköstigung ist zu vermiethen Gerstenstr. 96.

In dem Hause Nr. 90 a. ist der Laden vom 1. Oktober d. J. ab zu vermiethen.

Möbl. Zimmer sind zu vermiethen am Gerechten Thor 110.

Speicher-Räume sind zu vermiethen. Breite-Str. Nr. 48.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** (in Vertretung **Carl Marquart.**) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**